

Stadt Bitterfeld-Wolfen  
Rathausplatz 1  
06766 Bitterfeld-Wolfen

### **Sitzungsniederschrift**

Der Haupt- und Finanzausschuss führte seine 63. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung am Donnerstag, dem 17.10.2013, in Bitterfeld-Wolfen, Ortsteil Bitterfeld, Markt 7, Historisches Rathaus, Ratssaal, von 17:00 Uhr bis 21:10 Uhr, durch.

#### **Teilnehmerliste**

##### **stimmberechtigt:**

###### Vorsitz

Petra Wust

###### Mitglied

Dr. Wolfgang Baronius  
Klaus-Ari Gatter  
Günter Herder  
André Krillwitz  
Gisela Lorenz  
Jens Tetzlaff  
Dr. Holger Welsch

i.V. von Herrn Lars-Jörn Zimmer

###### Mitarbeiter der Verwaltung

Peter Arning  
Herr Rolf Hülßner, GBL Finanz- und Ordnungswesen

FBL Bauwesen

##### **abwesend:**

###### Mitglied

Lars-Jörn Zimmer

Die Mitglieder waren durch Einladung auf Donnerstag, den 17.10.2013, unter Mitteilung der Tagesordnung geladen worden.  
Zeit, Ort und Tagesordnung der Sitzung waren öffentlich bekanntgegeben worden.

**Bestätigte Tagesordnung:**

1	Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit	
2	Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung	
3	Genehmigung der Niederschrift der letzten Sitzung vom 05.09.13	
4	Investitionshaushalt 2014	<b>Beschlussantrag 130-2013</b>
5	Haushalt der Stadt Bitterfeld-Wolfen	
6	Vorbereitung der Stadtratssitzung am 23.10.13	
6.1	Genehmigung einer überplanmäßigen Aufwendung zur Zahlung der Kreisumlage 2013 der Stadt Bitterfeld-Wolfen gemäß Bescheid vom 24. Juli 2013	<b>Beschlussantrag 158-2013</b>
6.2	Steuersatzung 2014	<b>Beschlussantrag 112-2013</b>
6.3	Vergabe der Spendenmittel im Zusammenhang mit dem Juni-Hochwasser 2013	<b>Beschlussantrag 146-2013</b>
6.4	Kündigung der Mitgliedschaft in der Bundesvereinigung öffentliches Recht e.V.	<b>Beschlussantrag 148-2013</b>
6.5	8. Änderung der Satzung über die Entschädigung für ehrenamtliche tätige Bürgerinnen und Bürger der Stadt Bitterfeld-Wolfen vom 18.07.2007	<b>Beschlussantrag 153-2013</b>
6.6	Festlegung von Anzahl und Abgrenzung der Wahlbereiche für die Kommunalwahl am 25.05.2014	<b>Beschlussantrag 144-2013</b>
6.7	Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung	<b>Beschlussantrag 151-2013</b>
6.8	Maßnahmeplan Flutschädenbeseitigung	<b>Beschlussantrag 157-2013</b>
7	Mitteilungen, Anfragen, Anregungen, Berichte	
8	Schließung des öffentlichen Teils	

<p><b>zu 1</b></p>	<p><b>Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit</b></p> <p>Die <b>OB Frau Wust</b>, eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden. Da der TOP 4 „Investitionshaushalt 2014“ gemeinsam mit dem Bau- und Vergabeausschuss beraten wird, stimmen sich zunächst die Ausschussvorsitzenden Frau Wust und Herr Kröber, der heute die Sitzung des BuVA i.V. von Herrn Schenk leitet, über die Verfahrensweise ab. So wird jeder Ausschuss zunächst die ersten allgemeinen Punkte seiner Tagesordnung abarbeiten, bevor dann der TOP „Investitionshaushalt 2014“ (BA 130-2013) gemeinsam behandelt und separat darüber abgestimmt wird.</p> <p>Die <b>OB</b> stellt sodann für den HFA die Ordnungsmäßigkeit der Ladung fest. Es sind zu Beginn 7 stimmberechtigte HFA-Mitglieder anwesend; der Ausschuss ist somit beschlussfähig.</p>	
<p><b>zu 2</b></p>	<p><b>Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung</b></p> <p>Die Tagesordnung wird bestätigt.</p> <p style="text-align: right;">einstimmig beschlossen</p>	<p>Ja 7 Nein 0 Enthaltung 0</p>
<p><b>zu 3</b></p>	<p><b>Genehmigung der Niederschrift der letzten Sitzung vom 05.09.13</b></p> <p>Zur Niederschrift vom 05.09.13 gibt es keine Einwände; diese wird bestätigt.</p> <p style="text-align: right;">mehrheitlich beschlossen</p>	<p>Ja 6 Nein 0 Enthaltung 1</p>
<p><b>zu 4</b></p>	<p><b>Investitionshaushalt 2014</b></p> <p><b>Herr Hülßner</b> gibt zunächst einige einleitende Erläuterungen zur äußerst schwierigen Haushaltssituation 2014. Wie bereits mehrfach ausgeführt, wird ein Defizit in Höhe von -16 Mio. € prognostiziert. Durch die erheblichen Verluste im Ergebnis-HH können dem Investitions-HH keine Mittel mehr zugeführt werden, so dass lediglich auf die Investitionspauschale und geringste Eigenmittel durch Verkäufe gebaut werden kann und die restlichen Mittel über Fördermittel bereitgestellt werden müssen. Es war in erster Linie die Aufgabe des BuVA, die baulichen Investitionen zu begutachten und letztlich die notwendigsten Maßnahmen entsprechend der Prioritäten einzuordnen. Neben den baulichen Maßnahmen ist über die investiven Anschaffungen für die Planung 2014 und Folgejahre zu befinden. Der vorliegende Entwurf des Investitions-HH konnte bis 2017 grundsätzlich ausgeglichen werden. Gegenüber dem 1. Entwurf gab es in den einzelnen Bereichen zahlreiche Verschiebungen. Herr Hülßner betont, dass aufgrund der HH-Situation vorrangig das Jahr 2014 betrachtet wird und die Folgejahre aufgrund der derzeitigen prekären HH-Lage nicht mehr vorausbestimmt werden können.</p> <p><b>Herr Kosmehl, B.</b> weist als Mitglied des BuVA darauf hin, dass sich der Ausschuss in den Diskussionen zum Investitions-HH dazu verständigte, dass die Hirschendorfer- und die Jörichauer Straße eine Baumaßnahme darstellen und die Jörichauer Straße im Plan nicht als neue, sondern als Weiterführungsmaßnahme darzustellen ist (grüne Kennzeichnung).</p> <p>Die <b>OB</b> bittet sodann, in den Niederschriften sowohl des BuVA, als auch des HFA aufzunehmen, dass die Jörichauer Straße nicht als neue Maßnahme gilt, sondern eine Weiterführung ist und dies im Investitionsplan entsprechend</p>	<p><b>Beschlussantrag 130-2013</b></p>

gekennzeichnet wird.

**Herr Herder** fragt nach der Position unter der Rubrik „Ankauf unbebauter Grundstücke“, unter 3.3. (S. 2), Punkt 3, wo s.E. noch 1.000 € fehlen; insgesamt hätte dies s.E. zur Folge, dass auf S. 5, vorletzte Zeile unter „freier Investitionsrahmen Folgejahre“ die 1000 € noch berücksichtigt werden müssten.

Die **OB** lässt dies noch einmal prüfen.

**Herr Arning** weist darauf hin, dass gestern im BuVA der Maßnahmeplan Flurschädenbeseitigung behandelt und die Summe geändert wurde (Erhöhung auf insges. 2,8 Mio. €), was in der Liste noch entsprechend dargestellt wird. Dadurch, dass hier eine 100 %ige Förderung zum Tragen kommt, wirkt sich dies auf das Gesamtsaldo der Investitionsliste am Schluss nicht aus.

Auf die Frage von **Herrn Krillwitz**, wie es sich mit der der Position Ausbau Cäcilienstraße im OT Holzweißig verhält, wenn die Fördermittel nicht bewilligt werden, bemerkt **Herr Arning**, dass gestern eine Zusage gekommen ist, was zum Zeitpunkt der Erstellung der Liste noch nicht bekannt war.

Die **OB** bittet, dies in der Investitionsliste ebenso zu korrigieren.

Auf die Frage von **Herrn Krillwitz, A.** nach den STARK III-Maßnahmen bemerkt die **OB**, dass bei den sanierten Schulen STARK III- Maßnahmen enthalten sind. Weitere Maßnahmen über STARK III zu finanzieren ist nicht möglich, da für eine Gegenfinanzierung der Maßnahmen Kredite in Anspruch genommen werden müssten, was von der KAB des LK angesichts der derzeitigen prekären HH-Situation der Stadt auf jeden Fall abgelehnt werden würde.

Des Weiteren stellt Herr Krillwitz A. die Frage nach den Vermessungskosten in Höhe von 75 T €, ob bei allen aufgeführten Positionen Vermessungen vorgenommen werden müssen. Außerdem erkundigt er sich nach der Position Neubau Ortsfeuerwehr im OT Reuden, wonach die Förderung erst ab 2015 in Aussicht gestellt wird und ob es schon etwas Konkretes diesbezüglich gibt. Er würde es für sinnvoll erachten, die Maßnahme auf 2015 zu verschieben.

Nach weiteren Argumentationen der Gremiumsmitglieder beantragt **Herr Krillwitz, A.**, dass der Stadtrat nach dem Fördermittelbescheid neu über die Maßnahme Feuerwehrgebäude in Reuden beschließen soll.

Man verständigt sich sodann auf folgende Formulierung:

**Nach Genehmigung des Haushalts erfolgt die sofortige Beantragung der Fördermittel. Sofern eine Aussage zu Fördermitteln kommt, wird der Stadtrat neu entscheiden.**

Nachdem sich die BuVA-Mitglieder mit 7 Ja-Stimmen einstimmig dafür aussprechen, geben die Mitglieder des Haupt- und Finanzausschusses nachfolgendes Votum ab:

7 Ja- , 0- Nein-Stimmen, 1 Enthaltung

Es wird sodann nachfolgender Beschluss inkl. der Änderungen gefasst:

Der Haupt- und Finanzausschuss und der Bau- und Vergabeausschuss empfehlen dem Stadtrat der Stadt Bitterfeld-Wolfen, den Investitionsplan 2014 gemäß Anlage im Rahmen der Beschlussfassung zum Haushalt 2014 zu beschließen.

	mehrheitlich mit Änderungen beschlossen	Ja 7 Nein 0 Enthaltung 1
	Die <b>OB</b> dankt den Mitgliedern des BuVA, die in einem separaten Raum ihre Sitzung fortsetzen. Es wird gegen 18:00 Uhr eine kurze Pause eingelegt.	
zu 5	<b>Haushalt der Stadt Bitterfeld-Wolfen</b>  <b>Herr Hülßner</b> berichtet über das am 07.10.13 in Magdeburg erfolgte Treffen mit dem Finanzministerium des Landes S.A. in Vorbereitung der Haushaltsplanung 2014 der Stadt Bitterfeld-Wolfen. Teilnehmer waren auch einige Fraktionsvorsitzende. Anlass des Treffens war die sich für Bitterfeld-Wolfen abzeichnende bedrohliche Haushalts- und Liquiditätsentwicklung. Letztlich stand die Frage, wie jetzt damit umgegangen wird und ob die Stadt Bitterfeld-Wolfen überhaupt noch die Möglichkeit hat, einen Haushalt genehmigt zu bekommen. Man gab die Empfehlung, mit der Erweiterung der HH-Konsolidierungsmaßnahmen sofort wirksam fortzufahren. Es wurden keine Aussagen getroffen, wie man die Stadt dabei unterstützen könnte. Es wurde darauf hingewiesen, dass die freiwilligen Aufgaben zu betrachten und vor allem die Hebesätze zu erhöhen sind; Pflichtaufgaben sollen dabei ebenso einbezogen werden. Von Seiten des Finanzministeriums kam zwar der Hinweis, dass die Stadt im Bedarfsfall Liquiditätshilfe beantragen könnte, wofür allerdings auch entsprechende HH-Konsolidierungsmaßnahmen nachzuweisen wären. Mit der ganzen Problematik hat man sich auch in der AG HH-Konsolidierung beschäftigt. Eines der Hauptthemen dabei sind die Doppelstrukturen, wobei man sich auf bestimmte Vorschläge verständigte. Entsprechende Beschlussanträge werden für die Stadtratssitzung im Dezember vorbereitet. Die nächste Sitzung der AG HH-Konsolidierung wird am 07.11.13 stattfinden. <b>Herr Dr. Baronius</b> äußert, dass man nicht nur die freiwilligen Aufgaben, sondern auch an die Pflichtaufgaben herangehen müsse, wobei die <b>OB</b> allerdings auch darauf hinweist, dass es nicht sein könne, viele Aufgaben in der Verwaltung zu belassen, wenn immer weniger Mitarbeiter zur Verfügung stehen. <b>Frau Lorenz</b> hinterfragt, ob es Gespräche mit dem LK gibt, dass hinsichtlich der Kreisumlage etwas geändert werden könnte. <b>Herr Hülßner</b> bemerkt, dass die Stadt zur Kreisumlage keine andere Möglichkeit hat, außer über die Kreistagsmitglieder Einfluss auszuüben. Die <b>OB</b> bemerkt, jeder Stadtrat, der bzgl. der Konsolidierung noch Ideen hat, darüber informieren sollte, um diese ggf. in die Konsolidierungsmaßnahmen entsprechend einarbeiten zu können. <b>Herr Herder</b> spricht im Hinblick auf die Jahresrechnung 2009 an, dass in Bitterfeld und Holzweißig die Stadt Eigentümer von 50 % der Abwasseranlagen ist, im Unterschied zu allen anderen Ortschaften. Der AZV nimmt Gebühren für die Refinanzierung der Anlagen ein, die Stadt aber nicht. Er bittet um Untersuchung, welche Möglichkeiten es hier gibt. Die <b>OB</b> äußert, dass das Problem generell geklärt werden muss. Sie bittet zunächst Herrn Tetzlaff, dieses Thema bei Frau Köckeritz anzusprechen. <b>Herr Herder</b> meint, dass seinerzeit in Wolfen Friedhofserweiterungsflächen gekauft wurden, die man aus seiner Sicht nicht komplett benötige. Man könnte gewisse Flächen vermarkten. Die <b>OB</b> sieht hier kaum Chancen für eine Vermarktung. Man wird es allerdings versuchen und auf der Grundstücksseite im Internet mit aufführen.	

	<p>Sie bittet um Aufnahme in die Niederschrift.          Außerdem spricht sich <b>Herr Herder</b> dafür aus, dass der Stadtrat darüber informiert werden sollte, wie sich die Refinanzierung bei der WBG bzgl. des Geb. 041 gestaltet. Es sind etliche Räume des Gebäudes vermietet, wobei der Westflügel noch gar nicht belegt ist. Wie ist der gegenwärtige Stand?          Wieviel Prozent kann die WBG mit den Kaltmieten zurzeit einnehmen?          Hinsichtlich des Campus-Vereins geht er davon aus, dass dieser nicht die vergleichbare Kaltmiete zahlt.          Die <b>OB</b> bemerkt, dass beim Campus-Verein keine Vollvermietung gegeben ist.  <b>Herr Krillwitz, A.</b> geht auf seinen eingereichten Antrag zur Problematik Feuerwehren ein, worauf die OB auf die Risikoanalyse verweist, an die man erst einmal gebunden ist. Diese wird alle zwei Jahre fortgeschrieben und müsste dann vom Stadtrat entsprechend geändert werden.  <b>Herr Dr. Welsch</b> ist der Meinung, dass man sich angesichts der prekären HH-Lage davon verabschieden sollte, Forderungen an andere zu stellen. Die Stadt muss die eigenen „Hausaufgaben“ machen. Das Land erwartet bei schwindenden Einwohnerzahlen, dass sich auch die Strukturen ändern. Man benötigt die Schaffung neuer Strukturen als Ganzes.          Die <b>OB</b> äußert, dass Vorschläge, u.a. hinsichtlich der Doppelstrukturen, von der Verwaltung unterbreitet werden, die dann z.T. wieder auf Ablehnung stoßen. Mit der Fusion sollte eigentlich erreicht werden, dass Strukturen geändert und die finanziellen Kräfte gebündelt werden.          Die Verwaltung wird dazu in die Stadtratssitzung im Dezember entsprechende Beschlussanträge einbringen.</p>	
<p><b>zu 6</b></p>	<p><b>Vorbereitung der Stadtratssitzung am 23.10.13</b></p>	
<p><b>zu 6.1</b></p>	<p><b>Genehmigung einer überplanmäßigen Aufwendung zur Zahlung der Kreisumlage 2013 der Stadt Bitterfeld-Wolfen gemäß Bescheid vom 24. Juli 2013</b></p> <p><b>Herr Hülßner</b> gibt einige Erläuterungen.          Auf Hinweis von Gremiumsmitgliedern, ob man nicht dem LK vermitteln könne, eine Zahlung der Kreisumlage auszusetzen, betont die OB, dass die Stadt gesetzlich dazu verpflichtet ist. Sie hat einen Amtseid geleistet und muss nach Recht und Gesetz handeln. Sie müsste aufgrund der prekären HH-Lage Widerspruch einlegen, wenn der Stadtrat den Beschlussantrag ablehnt.  <b>Herr Herder</b> hinterfragt, was sich hinter den Deckungsquellen verbirgt, vor allem bei den größeren Summen. Auf die Frage, ob dies dauerhafte Verzichtsmöglichkeiten wären, wird von der OB verneint.  <b>Herr Hülßner</b> wird die Deckungsquellen noch benennen.          Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat den BA 158-2013 zur Beschlussfassung.</p>	<p><b>Beschlussantrag 158-2013</b></p> <p>Ja 7 Nein 1          Enthaltung 0</p> <p>mehrheitlich empfohlen</p>
<p><b>zu 6.2</b></p>	<p><b>Steuersatzung 2014</b></p> <p><b>Herr Hülßner</b> gibt zunächst einige Erläuterungen zum Beschlussantrag, der in den meisten Ortschaftsräten behandelt wurde. Es wurden auch Unterlagen zur Verfügung gestellt, wo Vergleiche mit anderen Kommunen aufgezeigt sind. In der Verfügung zum Haushalt 2013 wurde von der KAB ein Hebesatz in Höhe von 450 v.H. für die Grundsteuer B und die Gewerbesteuer gefordert. Dies sei ein Hauptkriterium für die Beurteilung zukünftiger</p>	<p><b>Beschlussantrag 112-2013</b></p>

	<p>Haushalte.</p> <p><b>Herr Herder</b> bemerkt, dass von der Fraktion DIE LINKE. ein Änderungsantrag im Stadtrat dahingehend eingebracht wird, die Grundsteuer A und B auf 400 v.H. zu erhöhen, um die Chance auf eine Haushaltsgenehmigung mit Auflagen deutlich zu erhöhen und damit die Handlungsfähigkeit der Stadt zu erhalten. Hebesätze in Höhe von 450 v.H. sind seines Wissens auch kein Landesdurchschnitt, sondern lediglich bei den kreisfreien Städten üblich.</p> <p>Weitere Diskussionen schließen sich an.</p> <p>Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt sodann dem Stadtrat den BA 112-2013 zur Beschlussfassung.</p>	<p>Ja 6 Nein 0 Enthaltung 2</p>
zu 6.3	<p><b>Vergabe der Spendenmittel im Zusammenhang mit dem Juni-Hochwasser 2013</b></p> <p><i>Herr Gatter verlässt während der Beratung zu diesem TOP den Sitzungssaal; somit sind 7 stimmberechtigte Mitglieder anwesend.</i></p> <p>Die <b>OB</b> bemerkt, dass mittlerweile noch weitere Anträge auf Beantragung von Mitteln eingereicht wurden, die in der Stadtratssitzung im Dezember vorgelegt werden. Auf Anfrage weist sie darauf hin, dass die Stadt gegenüber dem Finanzamt in der Haftung ist und den rechtskonformen Einsatz von Spenden nachweisen muss.</p> <p><b>Herr Dr. Baronius</b> bittet um einen Vermerk in der Niederschrift, dass diejenige Einwohnerin, um die es im BA 164-2013 (n.ö. Teil) geht, aus einem anderen Fonds Mittel erhalten wird, da von ihr versäumt wurde, einen Antrag auf Soforthilfe zu stellen. Dies wird von der OB bestätigt.</p> <p><b>Herr Tetzlaff</b> fragt im Namen der CDU-Fraktion bzgl. des Einsatzes der Spendenmittel für die Pumpen in der Altstadt, was man auch befürwortet, ob sich die Stadt nicht doch an den Kosten beteiligen könnte, was die OB mit dem Hinweis auf die prekäre HH-Situation ablehnt.</p> <p>Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat den BA 146-2013 zur Beschlussfassung.</p>	<p>Beschlussantrag 146-2013</p> <p>Ja 6 Nein 0 Enthaltung 1</p>
zu 6.4	<p><b>Kündigung der Mitgliedschaft in der Bundesvereinigung öffentliches Recht e.V.</b></p> <p><i>Herr Gatter beteiligt sich wieder an der Sitzung; somit sind 8 stimmberechtigte Mitglieder anwesend.</i></p> <p>Die <b>OB</b> verweist in dem Zusammenhang auf die den HFA-Mitgliedern zur letzten HFA-Sitzung übergebene Übersicht über Mitgliedschaften/Beteiligungen der Stadt in Vereinen, Verbänden und Gesellschaften, die alle auf den Prüfstand gestellt werden müssen. Es werden sukzessive noch weitere Beschlussanträge in den Stadtrat eingebracht.</p> <p>Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat den BA 148-2013 zur Beschlussfassung.</p>	<p>Beschlussantrag 148-2013</p> <p>Ja 8 Nein 0 Enthaltung 0</p>
zu 6.5	<p><b>8. Änderung der Satzung über die Entschädigung für ehrenamtliche tätige Bürgerinnen und Bürger der Stadt Bitterfeld-Wolfen vom 18.07.2007</b></p> <p>Den Ausschussmitgliedern wurde eine aktualisierte Anlage 2 mit geringfügigen orthografischen Korrekturen übergeben. Des Weiteren sind</p>	<p>Beschlussantrag 153-2013</p>

	<p>nun auch die Kameraden aus Thalheim und Holzweißig einbezogen worden. Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat den BA 153-2013 zur Beschlussfassung.</p> <p style="text-align: right;">einstimmig empfohlen</p>	<p>Ja 8 Nein 0 Enthaltung 0</p>
<p><b>zu 6.6</b></p>	<p><b>Festlegung von Anzahl und Abgrenzung der Wahlbereiche für die Kommunalwahl am 25.05.2014</b></p> <p><b>Frau Lorenz</b> teilt mit, dass die SPD-Fraktion den Antrag stellen wird, drei Wahlbereiche zu bilden, und zwar einen Wahlbereich Bitterfeld, einen Wahlbereich Wolfen und einen für die kleineren Ortschaften mit der Begründung, dass die kleineren Ortschaften auch bekannte Kandidaten aufstellen können und diese Kandidaten in ihren Ortschaften dann evtl. größere Chancen haben, als wenn sie in einem Wahlbereich „untergehen“. Wenn dies rechtlich nicht möglich ist, muss es im Stadtrat entsprechend begründet werden. Der Änderungsantrag wird der OB übergeben. Die Befürchtung, dass die kleineren Ortschaften bei nur einem Wahlbereich mit ihren Kandidaten schlechtere Chancen haben würden, wird durch Argumentationen u.a. von Herrn Herder und Herrn Tetzlaff widerlegt. Weitere Pro- und Contra-Diskussionen schließen sich an. Die <b>OB</b> betont, dass bereits zur ersten Kommunalwahl 2007 gesagt wurde, dass es zukünftig nur noch einen Wahlbereich geben soll; man ist eine gemeinsame Stadt. Der Haupt- und Finanzausschuss gibt sodann nachfolgendes Votum zum BA 153-2013 ab.</p> <p style="text-align: right;">mehrheitlich empfohlen</p>	<p><b>Beschlussantrag 144-2013</b></p> <p>Ja 5 Nein 3 Enthaltung 0</p>
<p><b>zu 6.7</b></p>	<p><b>Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung</b></p> <p>Die <b>OB</b> gibt dazu einige Erläuterungen. Sie verweist dabei auf die neue Verordnung zur Schulentwicklungsplanung des Landes, wonach spätestens ab 2017 Grundschulen mind. 80 Schüler haben müssen. Der LK geht in seiner Prognose ab 2017 bzgl. der Grundschule Greppin von deutlich unter 80 Schülern aus. Die OB bemerkt, dass in dem vorliegenden BA allerdings an keiner Stelle zum Ausdruck kommt, dass die GS Greppin geschlossen wird. Damit möglichst keine Schüler von einem Schulwechsel betroffen sind, sollte die derzeitige GS Greppin bis zum Ende des Schuljahres 2014/2015 als selbständige Grundschule und danach als Außenstelle der Grundschule Anhaltsiedlung betrieben werden. In den sich anschließenden Diskussionen wird u.a. von <b>Herrn Gatter</b> zum Ausdruck gebracht, dass der Ausschuss für S/B/K/J/S den BA in der vorliegenden Fassung dem Stadtrat nicht zur Beschlussfassung empfohlen hat, da die Schule bis zu dem Zeitpunkt so weitergeführt werden sollte, zu dem eine neue Entscheidung gefällt werden muss. <b>Herr Herder</b> argumentiert, dass die GS Greppin ohne Ausnahmeregelungen bis 2016 Bestand hat und somit eingeschult werden könne. Nach seiner Kenntnis wäre für eine Außenstelle eine Sonderregelung notwendig. Die <b>OB</b> bemerkt, da im Rahmen der Diskussionen in den Gremien deutlich wurde, dass auf jeden Fall zum nächsten Schuljahr auch in der GS Greppin eingeschult und auch bei sinkenden Schülerzahlen versucht werden soll, den Schulstandort zu erhalten, die Verwaltung dieses so übernehmen und den Beschlussantrag entsprechend ändern wird. Dazu hat man sich heute noch einmal verständigt. Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt sodann dem Stadtrat den BA</p>	<p><b>Beschlussantrag 151-2013</b></p>



	151-2013 mit der genannten Änderung.  mit Änderungen empfohlen	Ja 7 Nein 1 Enthaltung 0
<b>zu 6.8</b>	<b>Maßnahmeplan Flutschädenbeseitigung</b>  Die <b>OB</b> verweist auf eine geänderte Anlage zum BA, die als Tischvorlage übergeben wurde. In der lfd. Nr. 35, S. 4 hat sich die Schadenshöhe bei der Position Reparatur und Ertüchtigung v. Grundwasserbrunnen auf 1.021.020 € erhöht; die Gesamtsumme beträgt somit 2.802.896,31 €. Bei der lfd. Nr. 5, Beachvolleyballplatz Sportplatz Greppin wurde der Umsetzungszeitraum von 04/2014 bis 05/2014 (urspr. bis 07/2014) geändert. Nach der Beantwortung von Anfragen empfiehlt der Haupt- und Finanzausschuss dem Stadtrat den BA 157-2013 zur Beschlussfassung. Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat den BA 157-2013 zur Beschlussfassung.  einstimmig empfohlen	<b>Beschlussantrag 157-2013</b>  Ja 8 Nein 0 Enthaltung 0
<b>zu 7</b>	<b>Mitteilungen, Anfragen, Anregungen, Berichte</b>  Es gibt keine Wortbeiträge unter diesem gemeinsamen Tagesordnungspunkt (s. dazu TOP 9).	
<b>zu 8</b>	<b>Schließung des öffentlichen Teils</b>  Die <b>Oberbürgermeisterin</b> schließt um 20:10 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung; die Nichtöffentlichkeit wird hergestellt.	

gez.  
Petra Wust  
Ausschussvorsitzende

gez.  
Ilona Bütow  
Protokollantin